



## Geschafft!

Als am Abend des 27. Septembers die Prognosebalken für DIE LINKE nach oben gingen, nahm der Jubel kein Ende. Mit 11,9 Prozent haben wir unsere Wahlziel von 10 + x übertraffen. 76 Abgeordnete wird die weiterhin viertstärkste Fraktion im Deutschen Bundestag versammeln.

Das Berliner Ergebnis ist schon historisch zu nennen. Als zweitstärkste politische Kraft der Stadt, mit 576 Stimmen vor der drittplatzierten SPD, hat DIE LINKE eines ihrer besten Ergebnisse im Ostteil der Stadt eingefahren und ihr bestes im Westteil Berlins. Nur in einem der 76 Abgeordnetenhaus-Wahlkreise haben wir mit 4,9 Prozent die 5-Prozent-Marke verfehlt.

Gesine Löttsch, Petra Pau und Gregor Gysi konnten ihre vor vier Jahren errungenen Wahlkreise bravourös verteidigen und Stefan Liebich gelang der Sieg gegen Wolfgang Thierse in Pankow. Damit haben wir gezeigt, dass der Neuzuschnitt der Wahlkreise 2002 uns nicht davon abhält, mehr als drei Wahlkreise in Berlin gewinnen zu können. Und mit Halina Wawzyniak zieht eine fünfte Berlinerin über die Landesliste in den Bundestag. Gratulation an alle Gewählten!

Allen, die an diesem Wahlergebnis mitgearbeitet haben, gilt herzlicher Dank. Analysieren wir die Ergebnisse gut und bereiten wir uns auf die kommenden Wahlkämpfe vor. Ruhen wir uns etwas aus und gehen dann in die nächsten Auseinandersetzungen. Die kommende schwarz-gelbe Bundesregierung hat eine kämpferische Opposition im Parlament und auf der Straße verdient und wird sie in der LINKEN finden.

■ Carsten Schatz, Wahlkampfleiter

**Linksfraktion auf Tour:** An Infoständen und bei Schulbesuchen wirbt DIE LINKE für die Berliner Schulreform. Abschaffung der Hauptschule, Einführung der „Integrierten Sekundarschule“, Veränderung des Gymnasiums sind wichtige Eckpunkte der Reform. So sollen alle Kinder und Jugendlichen länger gemeinsam lernen und zu höchstmöglichen schulischen Erfolgen geführt werden. Die Reform eröffnet neue Chancen auch für die Gemeinschaftsschule als eine Schule für alle von der 1. bis zur 10. Klasse.

## Bundestagswahl 2009

# Erfolg und Herausforderung

Als PDS und WASG sich vor vier Jahren auf eine Zusammenarbeit bei den Bundestagswahlen verständigten und so den Einzug in den Bundestag schafften, waren noch viele skeptische Stimmen zu hören. Diese Gemeinsamkeit würden wir keine Legislaturperiode durchhalten, das Projekt würde an seinen inneren Widersprüchen scheitern und in den alten Bundesländern würden wir damit auch keinen Fuß auf den Boden kriegen. Mittlerweile haben wir nicht nur die gemeinsame Partei DIE LINKE gegründet und den Einzug in 6 westdeutsche Landtage geschafft. Seit dem Abend des 27. September steht auch fest: DIE LINKE ist gestärkt aus den Bundestagswahlen hervorgegangen. Zum ersten Mal zweitstellig, zum ersten Mal in allen Bundesländern klar über 5%. Und nicht zuletzt der Wahlkampf hat gezeigt, dass wir die vier Jahre nicht nur gemeinsam miteinander ausgehalten haben, sondern dass wir zusammengewachsen sind, dass unsere Verankerung in den gesellschaftlichen Strukturen zugenommen hat. DIE LINKE ist mehr als eine Protestpartei, sie ist ein gesellschaftlicher Faktor geworden, auf den immer mehr Menschen ihre Hoffnungen setzen.

Bei allem Jubel über das eigene Abschneiden, der Erfolg von Schwarz-Gelb kann uns nicht freuen. Die neoliberale Orientierung der Politik droht damit eine neue Dynamik zu bekom-

men und der dringend notwendige soziale und ökologische Wandel unserer Gesellschaft läuft Gefahr, weiter verschleppt zu werden. Schon werden wieder die Privatisierungspläne für die Deutsche Bahn aus der Schublade geholt, schießen die Aktien der Atomkonzerne angesichts des Ausstiegs aus dem Atomausstieg in die Höhe und wird über die weitere Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme diskutiert. Klar, DIE LINKE wird diesen Plänen im Parlament wie auch auf der Straße entgegenzutreten. Da wartet viel Arbeit auf uns. Ursächlich für den schwarz-gelben Sieg ist, dass vor allem frühere SPD-Wähler diesmal den Urnen fernblieben. Die Aussicht auf eine neue Große Koalition oder eine Ampel konnte sie nicht zur Wahl motivieren, aber auch wir konnten sie (noch) nicht überzeugen. Das beschreibt die andere Herausforderung der kommenden Jahre. Es gilt, die nach allen Untersuchungen vorhandene Bevölkerungsmehrheit für eine sozialere, friedlichere und ökologischere Politik für eine gemeinsame Veränderung zu gewinnen. Dafür braucht es die Bereitschaft zum Wandel bei der SPD, aber auch unsere Fähigkeiten zur Entwicklung von Alternativen und zum demokratischen Diskurs darüber.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender

# Thema:

## Wechselberg verlässt Fraktion DIE LINKE.

Carl Wechselberg, der im Frühjahr aus der Partei DIE LINKE ausgetreten war, wurde nach der Bundestagswahl SPD-Mitglied und wechselte zur SPD-Fraktion. Der Landesvorstand der LINKEN kritisiert die „Mitnahme“ des Mandats, das im Rahmen einer Kandidatur für die Partei DIE LINKE erworben wurde, scharf und äußert die Erwartung an Carl Wechselberg, das Mandat niederzulegen und damit zurückzugeben.

## Vergaberecht bringt Mindestlohn

Firmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, müssen in Berlin künftig mindestens 7,50 Euro pro Stunde zahlen und weitere soziale und ökologische Standards einhalten. Nachdem das Berliner Vergabegesetz nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes außer Kraft gesetzt werden musste, legte Wirtschaftsminister Harald Wolf jetzt eine Neufassung vor. Mit dem Vergabegesetz leistet Rot-Rot einen wirksamen Beitrag gegen Lohn- und Sozialdumping und die immer weitergehende Aushöhlung von Tarif- und Sozialstandards.

## Vertragskündigung nutzt S-Bahn nicht

Die Fraktion DIE LINKE hält die von den Grünen geforderte Kündigung des S-Bahn-Vertrages für falsch. Nicht nur, dass kein alternativer Anbieter mit anderen Fahrzeugen und Personal zur Verfügung stehe, S-Bahn-Geschäftsführung und DB Konzern würden aus der Pflicht entlassen, einen eingegangenen Vertrag einzuhalten. Für Entschädigungen oder die Finanzierung der Sonderleistungen von BVG und anderen Unternehmen gäbe es dann keine Basis mehr. Den Beschäftigten der S-Bahn würde zudem signalisiert, dass ihre Anstrengungen zur Aufrechterhaltung eines Notbetriebes zwar genutzt, aber nicht honoriert würden. Das sei zynisch. Vielmehr solle über die Übernahme der S-Bahn durch das Land Berlin nachgedacht werden.

# Krisenbewältigung mit Links

## Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2010/2011

Die Haushaltssituation Berlins hat sich im Zuge der Wirtschaftskrise dramatisch verschärft. Allein 2009 wird nach Angaben von Finanzsenator Nußbaum (SPD) am Jahresende anstelle des erwarteten Überschusses von 800 Millionen Euro ein Defizit von 1,84 Milliarden Euro stehen. Für 2010 und 2011 wird Berlin 5,6 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen müssen, um die Lücke im Landeshaushalt schließen zu können.

Zusätzlich verschärft wird die Lage durch die neu im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, die es den Ländern ab 2020 untersagt, ihre laufenden Haushalte mittels Neuverschuldung auszugleichen.

Die Konsequenzen dieser Ausgangsbedingungen sind in der jüngst beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung des Senats abgebildet. Statt wie bisher bei 1,3 Prozent liegt die durchschnittliche Steigerungsrate ab 2012 nunmehr bei höchstens 0,3 Prozent pro Jahr. Real bedeutet dies, dass ab 2012 zwischen 225 und 250 Mio. Euro jährlich gekürzt werden müssten, um die Vorgaben zu erfüllen.

Wie dies allerdings in Anbetracht der seit 2002 bereits geleisteten Sparanstrengungen gelingen sollte, ist unklar. Der Berliner Senat sowie die rot-rote Koalition im Abgeordnetenhaus haben daher umso stärker auf die Verantwortung der Bundesregierung für eine sachgerechte Finanzausstattung der Bundesländer verwiesen. Allein durch die erfolgten Steuerrechtsänderungen der Bundesregierungen ergeben sich für Berlin 2010 und 2011 Mindereinnahmen im Umfang von rd. 1,63 Milliarden Euro.

Die Linksfraktion hat sich auf ihrer Haushaltsklausur am 30. August erneut für eine aktive Krisenbewältigung ausgesprochen. Sinnvolle Einsparungen sollen umgesetzt, auf hektische Sparorgien jedoch verzichtet werden. Zugleich gilt es, die Potenziale Berlins als Metropole mit hoher Lebensqualität stärker auszuschöpfen und ihre Attraktivität zu stärken. Im Zentrum der Beratungen steht daher die Finanzierung des Bildungsbereichs, insbesondere von Qualitätsverbesserungen in den Kindertagesstätten. DIE LINKE setzt sich für die Umsetzung eines Stufenplans ein, der über die Gebührenfreiheit hinaus die Personalausstattung und die Betreuungsqualität in den Berliner Kitas deutlich verbessern soll.

Ein weiterer Schwerpunkt linker Haushaltspolitik wurde bereits im Juni 2009 deutlich. Nach intensiven Beratungen innerhalb der Koalition ist es gelungen, die Finanzausweisungen für die Bezirke um je rd. 90 Mio. Euro für 2010 und 2011 zu erhöhen.

Für die anstehenden Tarifverhandlungen zum öffentlichen Dienst nach Auslaufen des Berliner Tarifvertrags hat sich DIE LINKE für eine Rückkehr in den Tarifverbund der Länder ausgesprochen. Die Spielräume für Tarifierhöhungen bleiben angesichts der dramatischen Haushaltsnotlage allerdings begrenzt.

■ Jutta Matuschek, MDA, stellv. Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin



**Auf die Kleinen kommt es an:** Eine bessere Personalausstattung in den Kitas und die Ausweitung des Kita-Rechtsanspruchs forderten 12.000 Berliner Kitaerzieherinnen, Kinder und deren Eltern auf der Kundgebung des Kitabündnisses am 22. September vor dem Roten Rathaus. Die Linksfraktion unterstützt diese Forderungen und setzt sich in den Haushaltsberatungen für den Einstieg in ein Stufenprogramm zur Qualitätsverbesserung in den Kitas ein.

Foto: Annegret Gabelin

## Danke, Heidi

Was heute so völlig normal erscheint, war im Jahre 2002 ein politisches Wagnis. Der ersten rot-roten Regierung in der Hauptstadt blies eisiger Wind ins Gesicht. Es gehörte eine gehörige Portion Mut dazu, in einer von Sparzwängen gebeutelten Stadt Senatorin für Soziales, Gesundheit und Integration zu werden. Heidi Knake-Werner hatte den Mut. Sie hat gearbeitet und gekämpft, sie war unerbittlich und kompromissbereit, sie war barsch und charmant, sie war alles, was den Interessen der ihr Anvertrauten dienlich war. Vor allem aber war sie erfolgreich. Sie hat zukunftssträchtige Projekte gestaltet und sie hat viele soziale Einschnitte verhindert.

Es war alles andere als einfach, die Privatisierung des landeseigenen Krankenhausbetriebes Vivantes zu verhindern, das Sozialticket zu erhalten, Zwangsumzüge im Zusammenhang mit Hartz IV zu verhindern. Es bedurfte großer Anstrengungen gegen den Trend in der zweiten rot-roten Legislaturperiode, einen öffentlichen Beschäftigungssektor zu etablieren, den Berlin-Pass einzuführen, den Arbeitsmarkt auch für Migranten zu öffnen, Akzeptanz und Wertschätzung anderer Kulturen im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern, Seniorinnen und Senioren dabei zu unterstützen, ihre Rechte geltend zu machen und durchzusetzen. Dabei hat sie sich großen Respekt erworben, bei ihren politischen Freunden, beim Koalitionspartner, den gesellschaftlichen Interessengruppen, selbst bei den politischen Konkurrenten. Wahre Größe zeigt sich in der Kunst des Loslassen-Könnens. Heidi ist auch diesen Schritt souverän gegangen. Chapeau. Sie wird jetzt mehr Zeit haben. Sie wird sie zu nutzen wissen, da sind wir sicher, für sich selber und gleichzeitig für andere. Für das alles: Danke, Heidi. Und alles Gute.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender, & Dietmar Bartsch, MdB, Bundesgeschäftsführer



Foto: Hilmar Ransch

**Heidi Knake-Werner:** Die promovierte Diplomsozialwirtin engagiert sich politisch seit 1968, ist Mitglied von Ver.di, war in der SPD und in der DKP. Seit 1990 ist sie Mitglied der PDS, gehörte viele Jahre dem Bundesvorstand der Partei an. Von 1994 bis 2002 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages und u. a. als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und dann als Erste Parlamentarische Geschäftsführerin tätig. Seit 2002 ist sie Mitglied des Berliner Senats, aus dem sie am 15. Oktober 2009 ausscheiden wird. Auf dem Foto: Eröffnung der 35. Seniorenwoche am 27.6.2009 auf dem Breitscheidplatz.

## Wer zahlt die Zeche?

### Ungerechte Verteilung der Krisenlasten und Angriffe auf die Sozialsysteme drohen

Sowohl CDU/CSU als auch die FDP zogen mit der Botschaft „Steuern senken“ in den Wahlkampf. Mindestens zwei Fragen ließen sie offen: Welche Steuern wollen sie senken und für wen? Wer soll für die Steuerensenkungen zahlen?

Wir erinnern uns: Vor der letzten Bundestagswahl kündigte Angela Merkel eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Prozent an. Die rot-schwarze Koalition setzte dann noch einen Punkt drauf und erhöhte auf 3. Im Gegenzug wurden die Unternehmenssteuern gesenkt. Der Mehrwertsteuer kann sich niemand entziehen. Sie wird automatisch bei jedem Einkauf einbehalten. Das heißt, die Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft die Menschen besonders hart, die ein geringes Einkommen haben.

Die schwarz-gelbe Koalition wird versuchen, das Sozialsystem zu demontieren. Ein ewiges Mantra der FDP ist die Forderung nach Auflösung der Bundesagentur für Arbeit. Das halte ich für besonders verantwortungslos. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu befürchten. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – wie der öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin – sind in solchen Zeiten besonders wichtig.

Aber was ist eigentlich mit den Verantwortlichen für die Wirtschafts- und Finanzkrise? Die Bundestagswahl fand fast genau ein Jahr nach dem Zusammenbruch

der amerikanischen Bank Lehman Brothers statt. Und noch immer wird von den Vertretern von Union, FDP und SPD so getan, als wäre die Finanzkrise wie ein Naturwunder vom Himmel gefallen. Dabei kam die Krise mit Ansage. Erinnern wir uns an das Platzen der Internetblase und an die Asienkrise in den 90-er Jahren. Statt darauf mit Regeln für die Finanzmärkte und eine effiziente Finanzaufsicht zu reagieren, wurde genau das Gegenteil getan. Im Koalitionsvertrag 2005 wurde festgelegt, dass „die Finanzaufsicht schlank gestaltet“ werde sollte. In dieser Logik wurden den Banken auch keine festen Regeln auferlegt, als sie Hilfe vom Staat bekamen. Neue Regeln für die Banken könne man nur international schaffen, hieß es. Die Milliardenhilfen konnten aber in den einzelnen Staaten beschlossen werden. Das ist ein Widerspruch. Wir wollen möglichst schnell eine Börsenumsatzsteuer einführen, um Spekulanten in ihre Schranken zu weisen.

Wir als LINKE werden darauf dringen, dass die Kosten nicht auf die Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen und Studenten abgewälzt werden. Ich hoffe, dass eine SPD diesen Protest unterstützt und auch die Gewerkschaften und außerparlamentarischen Gruppen ihren Druck erhöhen. Nötig ist es!

■ Gesine Löttsch, MdB

## Termine:

9., 15. und 21. Oktober

### Beste Bildung für alle

Infostände der Linksfraktion  
im Abgeordnetenhaus  
9.10., 8-10 Uhr, Gesundbrunnen-Center,  
Badstr. 4, 13357 Berlin  
15.10., 15-17 Uhr, Kollwitzplatz, 10435  
Berlin, Prenzlauer Berg  
21.10., 16-18 Uhr, Alice-Salomon-Platz,  
12627 Berlin, Hellersdorf

13. Oktober, 18 Uhr

### Scheitern auf zu hohem Niveau

Die aktuellen Wahlergebnisse extrem  
Rechter in der Diskussion  
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenz-  
saal, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

4. November

### „Eines langen Tages Reise ...

Der 4. November 1989 in Berlin - der  
Weg zur Demokratie“

### 1. Teil: Szenische Dokumentation von Teilen der Redebeiträge auf der Demonstration vom 4.11.1989

Kommentiert u. a. von Lothar Bisky,  
Annekathrin Bürger, Konrad Elmer-Herzig,  
Manfred Gerlach, Gregor Gysi, Steffen  
Mensching, Johanna Schall, Henning Schaller,  
Friedrich Schorlemmer und Joachim  
Tschirner

10.30-14.30 Uhr, Kino Babylon,  
Rosa-Luxemburg-Str. 30, 10178 Berlin

### 2. Teil: Wiederholung der Fernseh- übertragung der Demonstration vom 4. November 1989

An- und Abmoderation: Alfred Eichhorn,  
Redakteur von rbb-InfoRadio  
17.00-20.30 Uhr, Freilichtprojektion an  
der Fassade vom Kino Babylon  
Veranstalterinnen: Fraktion DIE LINKE im  
Deutschen Bundestag und die Rosa-Lu-  
xemburg-Stiftung

### 3. Teil: Der 4. November 1989 in Berlin

Der Weg zur parlamentarischen Demokra-  
tie. Fragen und Antworten von heute.  
Dialog zwischen Zeitzeugen und Publikum,  
u. a. mit Gregor Gysi, Friedrich Schorlem-  
mer, Henning Schaller, Konrad Elmer-Her-  
zog, Joachim Tschirner  
Einleitung: Marion Seelig  
20.30-22.30 Uhr, Kino Babylon

Veranstalterin: Fraktion DIE LINKE im Ab-  
geordnetenhaus

## Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60  
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de  
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin  
Titel & Gestaltung: WARENFORM  
Druck: Druckerei Bunter Hund  
Redaktionsschluss: 30. 9. 2009

## Kalenderblatt:

# Theodor Fontane (1859) Das Trauerspiel von Afghanistan

*Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,  
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,  
„Wer da?“ – „Ein britischer Reitersmann,  
Bringe Botschaft aus Afghanistan.“*

*Afghanistan! Er sprach es so matt,  
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,  
Sir Robert Sale, der Kommandant,  
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.*

*Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,  
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,  
Wie wärmt ihn das Feuer,  
wie labt ihn das Licht,  
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:*

*„Wir waren dreizehntausend Mann,  
Von Kabul unser Zug begann,  
Soldaten, Führer, Weib und Kind,  
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.*

*Zersprengt ist unser ganzes Heer,  
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,  
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,  
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“*

*Sir Robert stieg auf den Festungswall,  
Offiziere, Soldaten folgten ihm all',  
Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht,*

*Die uns suchen,  
sie können uns finden nicht.*

*Sie irren wie Blinde und  
sind uns so nah,  
So laßt sie's hören, daß wir da,  
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,  
Trompeter, blast in die Nacht hinaus!“*

*Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',  
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,  
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,  
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.*

*Sie bliesen die Nacht und über den Tag,  
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,  
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht,  
Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.*

*Die hören sollen, sie hören nicht mehr,  
Vernichtet ist das ganze Heer,  
Mit dreizehntausend der Zug begann,  
Einer kam heim aus Afghanistan.*

■ Theodor Fontane beschreibt in dieser Ballade eine Episode aus dem ersten anglo-afghanischen Krieg (1838 bis 1842). Im Winter 1841/42 versuchten englische Truppen, die mit Frauen und Kindern vor einem Aufstand in Kabul flohen, den Rückzug über den Khyber-Pass (heute an der pakistanischen Grenze), wo sie nahezu völlig aufgegeben wurden. 1842 kehrten die Engländer zurück, brannten Kabul ab und erzwangen einen Schutzvertrag.

# Service



17. Oktober 2009, 10-18 Uhr, Neues Stadthaus, Parochialstraße 1-3, 10179 Berlin

### Hier arm – da sexy?

Soziale Spaltung und Segregation in Berlin. Tagung des Arbeitskreises Linke Metropolenpolitik

I Kaleidoskop städtischer Spannungen, II Segregation in Berlin, III Ursachen und Handlungsmöglichkeiten, Parallele Workshops zu Wohnungspolitik, Bildung und kommunaler Infrastruktur. Anschließend: Abschlussplenum

**Eintritt:** 5 Euro, Anmeldung und Informationen: <http://metropolenpolitik.wordpress.com>

**Veranstalter:** AK Linke Metropolenpolitik, Helle Panke e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

Helle Panke  
10179 BERLIN